

Antrag Nr. 06-F-07-0007

Bürgerliste Wiesbaden

Betreff:

Integrationspolitik / Problem Parallelgesellschaft
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 07.11.2006 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Die Stadtverordnetenversammlung mißbilligt jedwede Form des religiös begründeten Extremismus, der sich gegen unsere Verfassung richtet. Sie erwartet, daß die Erklärung von Oberbürgermeister Diehl "Für fundamentalistische Gruppierungen, die eine Parallelgesellschaft errichten wollen, darf es in dieser Stadt keinen Raum geben" in praktische Politik umgesetzt wird.
- 2) Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, daß der Verein Milli Görüs, der am Gräselberg ein Gebetszentrum einrichten will, laut den Verfassungsschutzberichten verschiedener Bundesländer verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, eine islamische Ordnung auf der Grundlage der Scharia anstrebt und nur nach außen sich bemüht, einen verfassungskonformen Eindruck zu erwecken.
- 3) Der für Integration zuständige Dezernent wird aufgefordert, für die Wiesbadener Grundsätze zur Integration einen Passus zu erarbeiten, in welchem das Problem des religiösen Extremismus und der Parallelgesellschaft behandelt wird.

Begründung:

Wiesbaden, 07.11.2006

F.d.R.
K.H. Maierl